



Kommentiert

Gut gebrüllt, ihr Löwen!



Steffen Beikirch über die Anhörung der Bürgerinitiativen gegen Windrad-Wildwuchs

Bemerkenswert fachkundig, leidenschaftlich im Vortrag und mit Volkes Stimme im Rücken – so präsentierten sich die Bürgerinitiativen im Landtag während der selbst erkämpften Anhörung. Die Vertreter der Landesregierung wirkten bisweilen arrogant mit ihrer Feststellung: Wir sind jederzeit gesprächsbereit, erlauben uns aber, eine eigene Meinung zu haben.

Die Anhörung diente aber dazu, aktuelle Positionen zur Windenergie abzuklopfen und zu hinterfragen. Es gab das laute Eingeständnis „Wir haben kein Patentrezept“. Es gab die leise Ankündigung, sich mehr mit möglichen Folgen von Infraschall zu beschäftigen. Und man hörte, dass der Windenergie-Erlass nächstes Jahr noch breit öffentlich diskutiert werden soll.

Wie groß die Chance ist, dass sich darin Argumente der Bürgerinitiativen wiederfinden, ist schlecht abzuschätzen. Die Landesregierung sollte dankbar sein: Sie hat es nicht mit bloßen Windkraftgegnern zu tun, sondern mit Menschen, die sich konstruktiv einbringen wollen und bereit sind, an einer tragfähigen Lösung mitzuwirken.

Hauptbahnhof Gera nach Alarm gesperrt

Gera Ein herrenloses Gepäckstück sorgte gestern Nachmittag auf dem Hauptbahnhof in Gera für den Einsatz des Entschärfungskommandos der Bundespolizei. Gegen 14.30 Uhr wurde der Bahnhof gesperrt, nachdem ein rosafarbener Rucksack am Treppenaufgang zu den Gleisen 3 und 4 entdeckt wurde. Gegen 15.30 Uhr untersuchte das Spezialkommando den Rucksack. Sprengstoffverdächtige Stoffe wurden nicht festgestellt.

Schlagabtausch zur Windkraft

Thüringer Bürgerinitiativen haben gestern vor dem Petitionsausschuss des Landtags ihre Argumente gegen den Wildwuchs von Windrädern ausgebreitet. Die Landesregierung hielt dagegen.

Von Steffen Beikirch

Erfurt. Nach dreistündigem Pro und Kontra verließ Lutz Wolf den Erfurter Landtag gestern mit gemischten Gefühlen: „Wir sind gehört worden, konnten unsere Argumente deutlich darlegen“, lautete sein positives Fazit. Skeptischer ist der Mann von der Bürgerinitiative „Gegenwind“ aus Heukewalde im Altenburger Land, was die Erfolgsaussichten seiner Petition angeht. Sein Eindruck: „Die Landesregierung beharrt auf ihren Positionen.“

Immerhin 2286 Menschen haben seine Petition mit ihrer Unterschrift unterstützt, mehr als 1744 Thüringer zeichneten sie auf der Online-Plattform des Landtags. So wurde die öffentliche Anhörung erkämpft. Wegen des Themas kam es zur gemeinsamen Sitzung von Petitionsausschuss und dem fachlich zuständigen Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten. Er wird die Petition noch gesondert behandeln.

Sorge um Landschaft und „Gesundheit der Bürger“

Vor vollen Publikumstribünen trugen die Vertreter von 13 Bürgerinitiativen aus Mittel- und Ostthüringen vor, warum sie bei der Errichtung von Windkraftanlagen das Zehnfache ihrer Höhe als Mindestabstand zur nächsten Wohnbebauung verlangen. „Uns treibt die Sorge, dass beim derzeit geplanten Ausbau von Windenergieanlagen die Gesundheit von Bürgern aufs Spiel gesetzt und unsere herrliche Kulturlandschaft zerstört wird“, sagte Wolf. Man sei keineswegs gegen die Energiegewende. Aber man verlange, dass sie sinnvoll, maßvoll, ideologie-

frei und nicht gegen Mensch und Natur gerichtet statfinde.

Nicht nur für diese Äußerung gab es donnernden Applaus, sondern auch für die Feststellung von Eckart Illian von der BI Proholzland aus Tautenhain (Saale-Holzland-Kreis), die 9000 Unterschriften gegen Windkraft im Bundesforst bei Tautenhain stünden für deutlich mehr Menschen als die Parteien der Landesregierung in Summe Mitglieder haben.

Wolf, Illian und weitere Vertreter berichteten, was sie binnen eines Vierteljahres mit großem Aufwand zusammengetragen hatten: über die Gesundheitsgefahren des tieffrequenten Infraschall oder darüber, wie sich die energiepolitischen Ziele des Landes mit weniger neuen Windkraft-Anlagen und stattdessen einer effektiveren Ausnutzung der vorhandenen erreichen lassen. Ihr Fazit: Die Kernforderung – größerer Mindestabstand zur Wohnbebauung – lässt sich realisieren. Deshalb soll es Thüringen Bayern gleich tun und die Länderöffnungsklausel im Baugesetzbuch nutzen, um die sogenannte „10 H-Regelung“ gesetzlich zu fixieren.

Das ginge allerdings nur noch bis Jahresende, und Thüringen sieht weiter keinen Anlass dazu, wie Staatssekretär Klaus Sühl zu verstehen gab. „Wenn wir das machen würden, würden die meisten Windvorranggebiete gar nicht mehr zum Zuge kommen“, sagte Thomas Walter, Referatsleiter im gleichen Ministerium. Die aktuell im Entwurf des Windenergieerlasses vorgesehenen Abstandsregelungen – 750 bis 1000 Meter zu Wohnbebauung – hält die Landesregierung für ausreichend, auch im Hinblick auf mögliche gesundheitliche Auswirkungen. „Für die Forderung nach größeren Abständen fehlt uns die fachliche Grundlage“, sagte Martin Gude, Abteilungsleiter im Umweltministerium. Aus den Anforderungen für die Zukunft ergebe sich auch der Bedarf nach mehr Flächen für Windenergieanlagen. Und eine Leistungssteigerung von Altanlagen durch „Repow-



Ein Windpark im Unstrut-Hainich-Kreis: Die Landesregierung hält einen Abstand von Windrädern zu Wohnhäusern von maximal 1000 Metern für ausreichend. Foto: A. Volkmann

ering“ sei bei vielen Anlagen kurzfristig nicht möglich. Einfach zusammengefasst: Man habe nun mal die Energiegewende als bundes- und landespolitische Zielstellung umzusetzen und bewege sich dabei im rechtlichen Rahmen.

Die Bürgerinitiativen warnen vor Wildwuchs von Windrädern, weil zwei Thüringer Regionalpläne wegen Abwägungsfehlern außer Kraft gesetzt sind. Schon gingen Windanlagenbetreiber von Tür zu Tür und versuchten, Grundstücke zu erwerben.

Es habe ein regelrechtes Windhundrennen eingesetzt, bestätigte auch CDU-Abgeordneter Mario Voigt und schlug ein Moratorium vor.

Ebenfalls ohne Resonanz. Für die Schaffung von Rechtssicherheit sah Thomas Walter und Klaus Sühl dagegen die Regionalplanungsgemeinschaften in der Verantwortung. So wolle die Planungsgemeinschaft Mittelthüringen noch dieses Jahr einen neuen Teilplan zur Windenergie aufzustellen. Die Planungsgemeinschaft Ostthürin-

gen sei den Aufforderungen hierzu bisher nicht nachgekommen, müsse dies schnellstmöglich nachholen, appellierte Sühl. In den Planungsgemeinschaften könnten auch die Kommunen ihren Einfluss geltend machen. Zum Windenergieerlass sind nach gestrigen Angaben 537 Stellungnahmen mit mehr als 3000 einzelnen Sachäußerungen eingegangen. Der Erlass soll bis zum Frühjahr so weit sein, dass dazu „Dialogforen in ganz Thüringen“ stattfinden können, kündigte Gude an. ► KOMMENTAR

Papier adé: Land setzt auf E-Akte

In Thüringen sollen Aktenstapel aus Papier bald der Vergangenheit angehören. Das Land will seine Verwaltungen komplett auf die elektronische Akte umstellen und dafür sein IT-System umkrepeln.

Erfurt. Das solle in den nächsten fünf bis sieben Jahren geschehen, sagte gestern Finanzstaatssekretär Hartmut Schubert. Bürger sollen leichter von ihren Computern aus online mit Behörden kommunizieren können. Nach Schuberts Angaben wird dafür ein zentraler Server aufgebaut.

Ein zentraler Server geplant

Der Landesrechnungshof habe bereits 2008 moniert, dass landesweit in den Behörden fast 1900 Server genutzt würden, erklärte der Staatssekretär und IT-Beauftragte. So verfügten unter anderem die Landesämter für Statistik und Verkehr, das Landeskriminalamt und die Polizei über eigene Rechenzentren in ihren Dienststellen.

Schubert erwartet zudem von einem zentralen Server einen besseren Schutz vor unerlaubten Zugriffen auf die Daten der Behörden. „Es ist leichter, auf dezentrale Einheiten zuzugreifen“, erklärte er: Schubert sprach von einer „zersplitterten IT-Infrastruktur“ in den Behörden. Das erschwere die Kommunikation untereinander. Mit der Nutzung zentraler Dienste solle sich das ändern. Zugleich könne Geld eingespart werden. dpa

Freistaat fördert Ganztages-Ausbau

Erfurt. Der Freistaat fördert Thüringer Schulen beim Ausbau von ganztägigen Betreuungsangeboten im Sekundarbereich mit insgesamt 85 000 Euro. Das teilte das Bildungsministerium gestern mit.

Die Gelder würden für Sachmittel, den Erwerb von schulischer Ausstattung sowie für Aufwandsentschädigungen für Be-

Äraer um Schienenersatzverkehr bei Erfurter Bahn